



Ergebnisse der

Wahlprüfsteine

zu den Landtagswahlen 2021

- Ergänzungen -

In Ergänzung zu ihren im November 2020 übermittelten Fragen zum Handlungsfeld „Asyl, Migration und Integration“ bitten der AK Asyl – Flüchtlingsrat RLP e. V. und der Initiativausschuss für Migrationspolitik in RLP die demokratischen Parteien im Landtag und die Partei DIE LINKE um die Beantwortung nachfolgender Frage.

Landesaufnahme von aus Seenot geretteten Personen sowie von Flüchtlingen und Schutzsuchenden an den europäischen Außengrenzen und in außereuropäischen Erstaufnahmeländern

Nach aktuellen Schätzungen des UN-Flüchtlingskommissariats benötigen derzeit etwa 1,4 Millionen besonders verletzte Flüchtlinge dringend einen Aufnahmestaat. In Libyen, dem Libanon und anderen Erstaufnahmestaaten, wo sie sich unter verheerenden Bedingungen in Lagern aufhalten müssen, sind ihr Leben, ihre Freiheit, ihre Sicherheit und ihre Gesundheit in konkreter Gefahr.

*Den Versuch, den menschenunwürdigen Lebensbedingungen in den Lagern zu entkommen, bezahlen viele von ihnen mit dem Leben. Allein im letzten Jahr sind laut IOM mindestens 1.400 Menschen im Mittelmeer auf der Suche nach Schutz ertrunken, weil die staatliche europäische Seenotrettung schon vor Jahren weitgehend eingestellt wurde und zivilgesellschaftliche Seenotretter*innen systematisch am Retten gehindert werden. Die Dunkelziffer der Ertrunkenen dürfte weit höher liegen. Für diejenigen, die von zivilgesellschaftlichen Seenotrettern vor dem Ertrinken bewahrt werden, findet sich in Europa kaum ein Land, das zur Aufnahme bereit ist. Und wer es trotz aller Gefahren ans europäische Festland schafft, wird in menschenunwürdigen Lagern in Griechenland, Malta oder Italien sich selbst überlassen oder ohne jede Perspektive auf der sogenannten Balkanroute festgesetzt. Diese Situation ist unter humanitären Gesichtspunkten nicht hinnehmbar und mit den Werten einer den Menschenrechten verpflichteten Europäischen Union unvereinbar. Statt Abhilfe zu schaffen, sollen diese Zustände durch den von der EU-Kommission im Herbst 2020 vorgelegten „Asyl- und Migrationspakt“ zementiert und legalisiert werden.*

In Rheinland-Pfalz haben sich zwischenzeitlich mindestens fünfzehn Städte, Gemeinden und Gebietskörperschaften zum „sicheren Hafen“ erklärt und ihre Bereitschaft bekundet, mehr Flüchtlinge aufzunehmen, als ihnen regulär zugewiesen werden.

CDU

Vorbemerkung:

Die Aufnahme von Menschen, die aus Angst um Leib und Leben fliehen und Schutz suchen, ist richtig. In Deutschland haben deshalb in den vergangenen Jahren über 1,8 Millionen Menschen Zuflucht gefunden. Bund, Länder und Kommunen sowie die im vopolitischen Raum aktiven Organisationen und die Zivilgesellschaft haben große Kraftanstrengungen unternommen und tun dies immer noch, um diese Herausforderung erfolgreich zu meistern. Zur Wahrheit gehört aber auch, dass wir nicht allen Menschen hier vor Ort in Deutschland und Rheinland-Pfalz helfen können.

Umso wichtiger ist deshalb die Gewährleistung humanitäre Hilfe in den europäischen Ländern mit Außengrenze. Hier sind die Europäische Union und auch die Bundesrepublik bereits jetzt sehr stark engagiert. Dieses Engagement kann und muss in der aktuellen Situation ausgebaut werden. Gleichwohl ist es so, dass die griechische Regierung die ihnen von der Europäischen Union zur Verfügung gestellten Mittel nicht in dem Umfang abrufen, der möglich wäre.



(Wie) Wird sich Ihre Partei nach der Landtagswahl auf Bundesebene dafür einsetzenden, den unhaltbaren Zuständen an den Grenzen und vor den Toren der Europäischen Union zu begegnen, die Blockade zivilgesellschaftlicher Seenotrettung zu beenden, staatliche Seenotrettung zu gewährleisten, Aufnahmekontingente des Bundes zu erhöhen und die bislang schleppende Aufnahme zu beschleunigen?

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

Das Mittelmeer ist zu einem Massengrab ohne Rettung geworden. Das darf unter keinen Umständen so bleiben. Wir wollen ein europäisch organisiertes und finanziertes ziviles Seenotrettungssystem aufbauen, zivile Seenotretter*innen entkriminalisieren und sichere und legale Wege schaffen, damit das Sterben im Mittelmeer ein Ende hat. Wir finden uns nicht ab mit einer Politik der Abschottung. Gleichzeitig wollen wir die Aufnahme von Flüchtlingen in Europa klarer regeln und in geordnete Bahnen bringen.

So wollen wir GRÜNE eine humane Flüchtlingspolitik verwirklichen:

- Ein Neuanfang in der „Bekämpfung“ von Fluchtgründen: Gute Flüchtlingspolitik bewahrt die Menschen davor, ihre Heimat überhaupt erst verlassen zu müssen. Wir brauchen hier einen ehrlichen Perspektivenwechsel: Alle wünschen sich eine nachhaltige wirtschaftliche und demokratische Entwicklung in den Herkunftsländern. Wer aber Gelder für die Entwicklungszusammenarbeit oder für die Konfliktprävention kürzt oder die Klimakrise weiter ignoriert, verstärkt die Fluchtgründe. Wir wollen das Gegenteil, wir wollen die Mittel für Entwicklungszusammenarbeit, Konfliktprävention erhöhen und für konsequenten Klimaschutz sorgen.
- Mit legalen und sicheren Wegen für Flüchtlinge nach Europa schaffen wir Alternativen zu Schlepperbanden. Wir wollen die UN-Aufnahmeprogramme aus Flüchtlingslagern (Resettlement-Kontingente) für Europa deutlich ausbauen. Wenn wir gleichzeitig Erstaufnahmeländer (wie z. B. Jordanien, den Libanon) darin unterstützen, menschenwürdige Aufnahmebedingungen zu gewährleisten und den Flüchtlingen eine echte Integrationsperspektive in ihrem Land anzubieten, werden sich weniger Menschen in die Hände von Schlepperbanden begeben. Und schließlich wollen wir es in ausreichendem Maß ermöglichen, dass auch Bürgerkriegsflüchtlinge ihre Familien nachholen können. Denn die ständige Sorge und die Angst um die Angehörigen sind ein Hindernis für gelingende Integration.
- Zentral ist eine gute europäische Flüchtlingspolitik. Die mit dem Asyl-Pakt der Europäischen Kommission geplanten Verschärfungen des Asylrechts lehnen wir ab. Wir brauchen ein Ende der Blockade nationalistischer EU-Regierungen gegenüber einem fairen und humanen europäischen Verteilungsmechanismus. Dieser soll sowohl den Interessen der Aufnahmeländer, als auch denen der Flüchtlinge Rechnung tragen. Erstversorgung und Unterbringung bis zur Verteilung auf die Mitgliedstaaten sowie die Identifizierung, Registrierung und Weiterverteilung der Schutzsuchenden sollten nach Möglichkeit bereits in den Eintrittsländern innerhalb der EU organisiert werden. Das darf aber nicht zu unmenschlichen Flüchtlingslagern wie in den gegenwärtigen Hotspots in Griechenland führen. Die Erstaufnahme muss eine menschenwürdige Unterbringung gewährleisten, die insbesondere Rücksicht nimmt auf die Bedürfnisse von Frauen, Kindern, Kranken und besonders vulnerablen Gruppen. Nach der Identifizierung und Registrierung muss die rasche Verteilung in andere Mitgliedsstaaten erfolgen. Abgesperrte Massenlager in der EU, Transitzonen und europäische Außenlager in Drittstaaten lehnen wir ebenso ab wie Abschottungsabkommen,

Initiativ Ausschuss für
MIGRATIONSPOLITIK



Aktiv für
Flüchtlinge
Rheinland-Pfalz



AK Asyl
Flüchtlingsrat
RLP e.V.



mit denen Menschen in Drittstaaten zurückgeschickt werden. Auf GRÜNE Initiative hin, wird eine Frontex-Arbeitsgruppe des Europaparlaments die Skandale um die europäische Grenzschutzagentur Frontex untersuchen. Die Arbeitsgruppe wird sich, wie von uns seit Monaten gefordert, mit den Vorwürfen illegaler „Pushbacks“ gegen Geflüchtete befassen. Es ist ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu rechtsstaatlichen Verhältnissen an den Europäischen Außengrenzen.

- Schnelle und faire Asylverfahren liegen im Interesse aller. Hierzu haben wir das sogenannte Fast & Fair-Verfahren vorgeschlagen: Eine unabhängige und realistische Rechtsberatung wird dabei zum Dreh- und Angelpunkt eines effizienten und rechtsstaatlichen Asylverfahrens. Damit haben lange Wartezeiten für Asylsuchende endlich ein Ende.
- Und wir wollen, anders als im Vorschlag der Großen Koalition, ein modernes Einwanderungsgesetz mit der Möglichkeit zum Spurwechsel für Geflüchtete schaffen. Das kann auch dazu beitragen, das Asylsystem zu entlasten.

Unsere Position zu den Aufnahmekontingenten des Bundes und die bislang schleppende Aufnahme: Für uns ist es völlig inakzeptabel, dass das bisherige deutsche Angebot zur Aufnahme von Geflüchteten aus den griechischen Inseln oder aus Erstzufluchtsstaaten nicht nur ungenügend ist, sondern auch weit unter dem liegt, was Bundesländer und Kommunen an Unterbringungsmöglichkeiten zur Verfügung stellen können. Wir bleiben dabei: Herr Seehofer muss die Zeichen der Solidarität aus der Mitte der Gesellschaft endlich wahrnehmen und seiner humanitären Verpflichtung nachkommen. - Unsere Integrationsministerin Anne Spiegel hat sich in den vergangenen Jahren immer wieder dafür eingesetzt, dass das Bundesinnenministerium seiner humanitären Verpflichtung endlich nachkommt. Wir GRÜNE wollen in Rheinland-Pfalz Landesaufnahmeprogramme aufsetzen, um regelmäßig mehr schutzbedürftige Menschen aufnehmen zu können (siehe unten).

CDU Für die CDU, die sich dem europäischen Gedanken und den christlichen Tugenden verpflichtet fühlt, ist es nicht nur eine Selbstverständlichkeit, sondern auch unsere moralische Verpflichtung, den Menschen zu helfen, die aus Angst um ihr Leben flüchten. Auch die teils katastrophalen Zustände in den Flüchtlingslagern können uns nicht kalt lassen. Auch hier verschließen wir als CDU nicht unsere Augen vor der akuten Notlage in den europäischen Flüchtlingslagern. Insbesondere in den griechischen Lagern sind die Zustände teils katastrophal. Umso wichtiger ist humanitäre Hilfe in diesen Lagern und insbesondere in Griechenland. Die dort bestehende Not müssen wir lindern. In der Vergangenheit gab es häufig Vorstöße von Deutschland und einigen anderen Mitgliedsstaaten, besonders hilfsbedürftige Flüchtlinge in unsere Länder aufzunehmen und das Asylverfahren hier durchzuführen. Neben dieser kurzfristig notwendigen Initiative Einzelner bedarf es aber einer nachhaltigen gesamteuropäischen Lösung in der Asylpolitik um weitere Akutsituationen zu vermeiden. Denn nur so ist garantiert, dass wir einerseits den besonders Schutzsuchenden dauerhaft helfen, andererseits aber auch die Fluchtursachen effektiv und nachhaltig bekämpfen können. Die Notwendigkeit einer dauerhaften und übergreifenden EU-Migrationsagenda und den notwendigen Schutz der europäischen Außengrenzen haben die Innenminister und -senatoren der Bundesländer auf ihrer Konferenz im Juni 2020 – parteiübergreifend – erneut betont. Dies unterstützt die CDU ausdrücklich und befürwortet die Schaffung einer europaeinheitlichen Asylpolitik. Die gefundenen Regeln bieten eine gute Grundlage. Allerdings sollten sie kontinuierlich weiter- und fortentwickelt werden. Zudem kann nur so eine dauerhafte Akzeptanz für eine humane Asylpolitik in Deutschland gewährleistet werden.

Die derzeitige Seenotrettung im Rahmen des Frontext-Einsatzes halten wir für ausreichend. Ansonsten besteht die Gefahr, dass Pullfaktoren geschaffen werden, die viele Menschen in große Gefahr bringt.

DIE LINKE.

Wir treten dafür ein, ein Landesaufnahmeprogramm auf den Weg zu bringen. Damit wollen wir die zusätzliche Aufnahme von Geflüchteten erreichen. Wir wollen, dass Kommunen, die sich zu Sicheren Häfen erklärt haben, endlich Menschen gemäß ihrer Zusagen aufnehmen können. Dazu müssen die Länder auf dem Weg über den Bundesrat auch Druck auf das Bundesinnenministerium aufbauen, sollte dieses nicht von seiner Abschottungspolitik abrücken. Aus unserer Sicht wäre zu prüfen, inwieweit sich dessen Zuständigkeit für die Aufnahme Geflüchteter anfechten lässt. Außerdem fordern wir die Wiederaufnahme der staatlichen und die Wiederzulassung der zivilen Seenotrettung. Die Kriminalisierung von Seenotretter:innen muss aufhören. Rheinland-Pfalz und die Bundesrepublik sollen sich die Seenotrettung auch finanziell unterstützen und innerhalb der EU für solche Projekte Partei ergreifen.

Angesichts der Lage in den Flüchtlingslagern muss die Aufnahme von Menschen notfalls gemeinsam mit aufnahmebereiten Staaten geschehen, ohne auf einen Konsens innerhalb der EU zu warten. Wir wollen verhindern, dass die Blockadehaltung einzelner Staaten den Tod von Menschen verursacht. Wir sehen in Deutschland und Rheinland-Pfalz durchaus Möglichkeiten für die Aufnahme und menschenwürdige Unterbringung von Menschen in Not.

FDP

Zum Zeitpunkt der Veröffentlichung noch nicht vorliegend.

SPD

Wir werden unseren bisherigen Kurs unvermindert fortsetzen, um die Blockadehaltung, wie sie im Bund und auf europäischer Ebene und wie sie sowohl für die Blockade zivilgesellschaftlicher Seenotrettung als auch für die Zustände an den europäischen Außengrenzen und die schleppende Aufnahme innerhalb der europäischen Union verantwortlich ist. Es ist die Überzeugung unserer Partei und wurde so auch von führenden SPD-Politikern auf Bundesebene – allen voran Außenminister Heiko Maas mehrfach geäußert: Zivilgesellschaftliche Seenotrettung darf nicht kriminalisiert werden. Das kann nur ein erster Schritt sein - wir brauchen eine staatliche europäische Seenotrettung. Deutschland sollte in Abstimmung mit unseren europäischen Partnern die Übernahme aller von deutschen Crews geretteten Geflüchteten zusagen.

Im Übrigen erneuern wir unser Bekenntnis: wir setzen uns für einen Neustart des europäischen Asylsystems ein und nutzen dafür alle uns auf Landesebene zur Verfügung stehenden Mittel, wie wir es bisher auch getan haben.

(Wie) Wird Ihre Partei nach der Landtagswahl die Solidaritätsbereitschaft rheinland-pfälzischer Städte, Gemeinden und Gebietskörperschaften aufgreifen und wie positioniert sie sich zu den Forderungen nach Landesaufnahme, die rheinland-pfälzische Organisationen im April 2020 in Ihrem Appell „Weil Menschlichkeit und Solidarität es gebieten: Landesaufnahmeprogramm für Flüchtlinge in Not - jetzt!“ (liegt dieser Anfrage bei) erhoben haben?

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**

Menschen fliehen aus vielen Teilen der Welt zu uns, weil sie sich in ihrer Heimat nicht mehr sicher fühlen. Weil dort Krieg herrscht oder weil sie dort aufgrund ihrer Herkunft, ihrer Religion oder ihrer sexuellen Orientierung verfolgt werden. Es liegt in unserer Verantwortung, diese Menschen aufzunehmen. Außerdem fliehen immer mehr Menschen vor den zunehmenden Auswirkungen der Klimakatastrophe und der Vernichtung ihrer Lebensgrundlagen.

Wir GRÜNE möchten auch künftig all den Initiativen, Verbänden, NGOs, Vereinen und Flüchtlingshelfer*innen zur Seite stehen, die sich für eine menschenrechtsbasierte und solidarische Asylpolitik in Rheinland-Pfalz einsetzen.

Wir wollen Landesaufnahmeprogramme aufsetzen, um regelmäßig mehr schutzbedürftige Menschen aufnehmen zu können – zum Beispiel aus den überfüllten griechischen Flüchtlingslagern oder aus den Erstzufluchtsstaaten. Die Programme sollen sich in erster Linie an besonders verletzte und schutzbedürftige Personen richten. Im Bundesrat werden wir uns dafür einsetzen, die Rechtsgrundlagen für die Aufnahmeprogramme der Länder zu verbessern.

Das Mittelmeer darf nicht weiter zum Massengrab werden. Deshalb unterstützen wir GRÜNE die Seenotrettungsorganisationen. Das Engagement ehrenamtlicher Retter*innen darf nicht kriminalisiert werden. Die vielen rheinland-pfälzischen Kommunen, die bereit sind, aus Seenot gerettete Schutzsuchende (u.a. über die Initiative „Sichere Häfen“) aufzunehmen, wollen wir auch künftig unterstützen. Wir begrüßen, dass in Rheinland-Pfalz viele Städte sowie Landkreise und Gemeinden ihre Bereitschaft erklärt haben, mehr Geflüchtete aufzunehmen, als ihnen regulär zugewiesen werden.

CDU Die Verteilung von Asylsuchenden wird durch den sog. Königsteiner Schlüssel festgelegt. Dabei ist geregelt, welches Bundesland wie viele Flüchtlinge aufnimmt. Abweichungen davon sind grundsätzlich nicht möglich. Denn die Kompetenz zur Aufnahme von Flüchtlingen liegt ausschließlich beim Bund. Zwar haben die Bundesländer gemäß § 23 Absatz 1 Aufenthaltsgesetz die Möglichkeit aus völkerrechtlichen oder humanitären Gründen oder zur Wahrung politischer Interessen der Bundesrepublik Deutschland anzuordnen, dass Ausländern aus bestimmten Staaten oder in sonstiger Weise bestimmten Ausländergruppen eine Aufenthaltserlaubnis erteilt wird. Dies führt allerdings nicht dazu, dass dadurch die Bundeskompetenz außer Kraft gesetzt bzw. auf die Länder übergehen würde. Vielmehr muss zur Wahrung der Bundeseinheitlichkeit das Einvernehmen mit dem Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat hergestellt werden. Dies geschieht durch Beschluss der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder. Diese Regelung unterstützt die CDU ausdrücklich.

Denn wir halten es für vorzuzugswürdig, auf nationaler Ebene ein gemeinsames Vorgehen von Bund und Ländern abzustimmen, um einen „Flickenteppich“ zu verhindern. Denn die bloße Aufnahme von Asylsuchenden als Akt humanitärer Hilfe reicht nicht aus. Vielmehr sind dabei auch insbesondere in-

Initiativausschuss für
MIGRATIONSPOLITIK



Aktiv für
Flüchtlinge
Rheinland-Pfalz



AK Asyl
Flüchtlingsrat
RLP e.V.

tegrationspolitische und monetäre Gesichtspunkte zu berücksichtigen. Wichtig ist in diesem Zusammenhang zudem, dass wir bei der Flüchtlings- und Integrationspolitik die gesamte Bevölkerung „mitnehmen“. Dies gelingt am besten, indem wir die Abläufe der Asylverfahren erklären und Regeln schaffen, die von der breiten Mehrheit der Bevölkerung akzeptiert werden. Denn nur so bleibt die „Willkommenskultur“ bestehen und wird nicht durch eine Ablehnung der Asylsuchenden verdrängt. Die Aufnahme von Menschen, die aus Angst um Leib und Leben fliehen und Schutz suchen, ist richtig. In Deutschland haben deshalb in den vergangenen Jahren über 1,8 Millionen Menschen Zuflucht gefunden. Bund, Länder und Kommunen sowie die im vorpolitischen Raum aktiven Organisationen und die Zivilgesellschaft haben große Kraftanstrengungen unternommen und tun dies immer noch, um diese Herausforderung erfolgreich zu meistern. Das derzeit gültige Kontingent für Asylsuchende ist nach unserer Auffassung angemessen, um eine nachhaltige Integration gewährleisten zu können und die Akzeptanz in der Bevölkerung zu behalten. Denn zur Wahrheit gehört auch, dass wir nicht allen Menschen hier vor Ort in Deutschland und Rheinland-Pfalz helfen können.

Umso wichtiger ist deshalb die Gewährleistung humanitäre Hilfe in Griechenland. Hier sind die Europäische Union und auch die Bundesrepublik bereits jetzt sehr stark engagiert. Dieses Engagement kann und muss in der aktuellen Situation ausgebaut werden.

Es muss eine europäische Lösung und keinen deutschen Alleingang geben. Ich hoffe, dass im Rahmen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft eine einvernehmliche Lösung gefunden wird.

DIE LINKE. Wir begrüßen und unterstützen diese Solidaritätsbereitschaft und treten für ein Landesaufnahmeprogramm ein. Die Forderungen des Appells unterstützen wir. Wir sind jedoch der Meinung, dass eine Reaktivierung derzeit geschlossener Sammelunterkünfte allenfalls eine kurzfristige Notlösung sein kann. Wir fordern, dass Menschen schnell in dezentrale Unterkünfte gebracht werden, anstatt für Monate und Jahre in Einrichtungen ohne Privatsphäre und Beschäftigungsmöglichkeiten festgehalten zu werden.

FDP Zum Zeitpunkt der Veröffentlichung noch nicht vorliegend.

SPD Wir stehen zur Verantwortung von Rheinland-Pfalz und haben mehrfach und in aller Deutlichkeit als SPD und in Person unserer Spitzenkandidatin Malu Dreyer gesagt, dass dies für uns ganz klar bedeutet, über den Schlüssel hinaus aufzunehmen. Es erfüllt uns mit Stolz und gibt uns Hoffnung, dass unsere Kommunen und die gesamte breite unserer Zivilgesellschaft sich so zahlreich und engagiert im Sinne einer weiteren Aufnahme durch Rheinland-Pfalz einsetzen.

Das Instrument eines eigenen Landesaufnahmeprogramms hat sich – dies zeigen die Beispiele anderer Länder, die diesen Weg bereits gegangen sind – als nicht wirksam in diesem Sinne erwiesen. Es bedarf des Einverständnisses des Unions-Bundesinnenministers Horst Seehofer, ohne die ein Landesaufnahmeprogramm ins Leere läuft und nichts verändert. Auch diskutierte Ansätze einer juristischen Auseinandersetzung hierzu mit dem Bund können unserer Ansicht nach nicht zum Erfolg führen. Verbesserungen, zumal wenn sie nachhaltig sein sollen, sind politisch zu erzielen, nicht juristisch. Wir und Sie alle verfolgen das gleiche Ziel. Lassen Sie uns den Druck weiter hochhalten.

Herausgeber

AK Asyl - Flüchtlingsrat RLP e. V.

Leibnizstraße 47
55118 Mainz
Tel.: 06131 4924734
info@asyl-rlp.org
www.fluechtlingsrat-rlp.de

Aktiv für Flüchtlinge Rheinland-Pfalz

Leibnizstraße 47
55118 Mainz
Tel.: 06131 4924736
ehrenamt@asyl-rlp.org
www.aktiv-fuer-fluechtlinge-rlp.de

Initiativausschuss für Migrationspolitik in RLP

Albert-Schweitzer-Str. 113-115
55128 Mainz
Tel: 06131 2874453
migration@zgv.info
www.ini-migration.org

